

KÜCHE, EHE, VATERLAND – UNSERE ANTWORT*

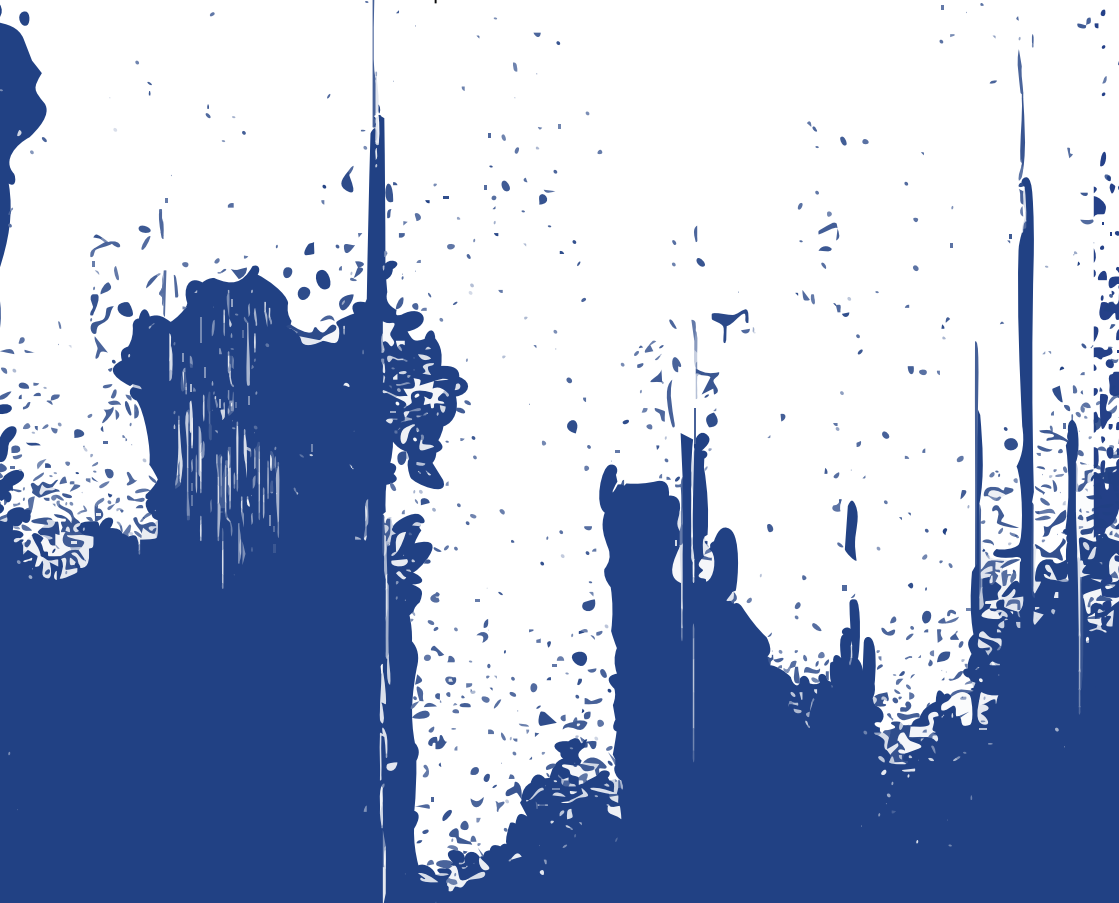
*EINE FEMINISTISCHE
ANALYSE DER AFD ZU
DEN KOMMUNALWAHLEN
2026 IN BAYERN

ASAM

asam.noblogs.org

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	1
Antifeminismus	2
Das Kommunalwohlprogramm der AfD	4
Kontrolle über gebärfähige Körper	6
Sprachverbote statt Gleichstellung	8
Nationalismus statt Vielfalt	10
Kürzen statt schützen	12
Familie normieren	14
Ideologie statt freier Entfaltung	16
Rassismus statt Gewaltprävention	18
Feindbilder statt Kinderschutz	20
Warum wir die AfD bekämpfen & wer wir sind	21



Am 8. März 2026 wird in Bayern dort gewählt, wo Politik besonders konkret wirkt: in Städten und Gemeinden. Bei den Kommunalwahlen entscheiden wir darüber, wer politische Rahmenbedingungen setzt – und ob Mitgestaltung, Vielfalt und Gleichstellung gefördert oder eingeschränkt werden. Auch wenn diese Ebenen selten im Mittelpunkt großer Debatten stehen, wird hier entschieden, wie Kitas ausgestattet sind, welche Beratungsstellen bestehen und wessen Rechte geschützt oder infrage gestellt werden.

Gerade deshalb ist es alarmierend, dass autoritäre und antifeministische Positionen zunehmend auch auf kommunaler Ebene an Einfluss gewinnen. Die AfD spielt dabei eine zentrale Rolle. Ihr Antifeminismus ist kein Randphänomen, sondern Ausdruck eines Weltbildes, das Gleichstellung, sexuelle Selbstbestimmung und queere Lebensrealitäten angreift – mit ganz konkreten Folgen vor Ort. Diese Broschüre beleuchtet acht zentrale Punkte aus Programmen und Positionspapieren der AfD und zeigt, warum Erfolge der AfD bei Kommunalwahlen aus feministischer Perspektive eine Gefahr für Demokratie, Vielfalt und ein gutes Leben für alle darstellen.



ANTI- FEMINISMUS

Antifeminismus ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit und ein zentrales Bindeglied zwischen konservativen, religiösen und (extrem) rechten AkteurInnen – bis hinein in die sogenannte gesellschaftliche Mitte. Er richtet sich organisiert gegen feministische und queere Emanzipation und zielt auf die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung patriarchaler Machtverhältnisse, traditioneller Geschlechterrollen und Heteronormativität.

Antifeminismus überschneidet sich mit Sexismus und Misogynie, geht aber darüber hinaus: Er ist politisch organisiert, antimodern und kann in Gewalt münden. Parteien von konservativ bis extrem rechts nutzen antifeministische Narrative gezielt, um Wähler*innen zu mobilisieren.

Die AfD – eine antifeministische Partei

Seit ihrer Gründung 2013 vertritt die AfD konsequent antifeministische Positionen, die eng mit ihrer völkisch-nationalistischen Ideologie verknüpft sind. Zugehörigkeit definiert sie über vermeintlich gemeinsame Abstammung und Kultur („christliches Abendland“) und propagiert die „traditionelle Familie“ als Garantin des Fortbestands des „Volkes“. Feminismus, Genderforschung und Gleichstellungspolitik diffamiert die AfD als „ideologische Umerziehung“ und Bedrohung dieser Ordnung.

Antifeminismus ist für die AfD zugleich Mobilisierungsstrategie und Identitätsangebot, insbesondere für Männer, die gesellschaftlichen Wandel und Gleichstellung als Statusverlust erleben. Die Partei inszeniert Feminismus als Teil eines angeblichen „Kulturkampfes“ und stellt traditionelle Männlichkeitsbilder, Hierarchien und Autorität als bedroht dar. So verbindet Antifeminismus völkischen Nationalismus, Demokratiekritik und autoritäre Gesellschaftsvorstellungen.

Diese Ausrichtung zeigt sich auch strukturell: Der Frauenanteil in der AfD liegt bei etwa 20 %, in Parlamenten deutlich darunter. Auch unter den Wähler*innen sind Männer stark überrepräsentiert. Die AfD ist damit programmatisch, personell und strategisch eine Partei, die Politik vor allem für Männer macht – und antifeministische Positionen gezielt nutzt.



DAS KOMMUNAL- WAHLPROGRAMM DER AFD BAYERN UND MÜNCHEN

Wir haben uns den „Leitantrag der Landesprogrammkommission“ der AfD Bayern, das Programm zur Kommunalwahl sowie die „Kernforderungen zur Kommunalwahl 2026 in München“ der AfD München angeschaut. Wir haben uns jeweils auf jene Forderungen bzw. Positionen fokussiert, die aus unserer Sicht geschlechterpolitische Fragen berühren, ordnen diese ein und zeigen auf, was die Forderungen tatsächlich bedeuten würden. Dafür ziehen wir u. a. auch Anträge der AfD auf kommunaler Ebene in München hinzu.

Der Leitantrag besteht aus 41 Seiten und wurde von der Partei Ende Oktober 2025 verabschiedet. Inhaltlich führt die extrem rechte Partei zehn Themenbereiche auf: Wohnen, Sicherheit, (Re-)Migration, effiziente und bürgernahe Verwaltung, Wirtschaft & Finanzen, Verkehr sowie Bau & Stadtentwicklung. Das menschenverachtende Konzept der „Remigration“, also der Plan, millionenfach Menschen mit Migrationsgeschichte abzuschieben bzw. ein soziales Klima zu schaffen, dass sie dazu bringen soll, Deutschland zu verlassen, taucht im Leitantrag nicht wörtlich auf, in den Kernforderungen der Münchner AfD jedoch schon. Rassistische Positionen sind jedoch auch im Leitantrag und dem Wahlprogramm durchgehend zu finden.

Positionen aus dem Leitantrag markieren wir im Folgenden als „Leitantrag AfD Bayern“,

Punkte aus dem Flugblatt der AfD München als „Kernforderungen AfD München“

und aus ihrem Programm als „Wahlprogramm AfD München“.

Bitte beachtet! Auf unserer Webseite findet Ihr weiterführende Informationen. Dort stellen wir unsere feministischen Gegenentwürfe zu den Positionen der AfD vor, vertiefen das Thema Antifeminismus und AfD, erklären, wie wir gendern, und ziehen ein Fazit. Außerdem findet Ihr dort Verlinkungen zu unserem Glossar, alle Quellen und Literaturhinweise.



KONTROLLE ÜBER GEBÄRFAHIGE KÖRPER

Leitantrag AfD Bayern

„Wir fordern eine umfassende Willkommenskultur für Kinder in Bayern. Hierzu zählt auch der Schutz des ungeborenen Lebens und die umfassende Unterstützung für ungewollt Schwangere. (...) Öffentliche Einrichtungen, die Aufklärung in gesundheitlichen Fragen, Familienberatung oder Sexualaufklärung betreiben, haben allgemein den Willen zum Schutz des ungeborenen Lebens zu stärken und auf Unterstützungsangebote vor Ort aufmerksam zu machen. Ungewollt schwangere Frauen bedürfen in besonderem Maße der Hilfe und Fürsorge des Staates und der Gesellschaft. Die Kommunen berücksichtigen nach aller Möglichkeit die überragende Bedeutung des Schutzes des ungeborenen Lebens im Rahmen sämtlicher Beratungsangebote rund um das Thema Familie.“ (S. 34)

Einordnung

Die AfD benutzt den Begriff „Willkommenskultur“ hier bewusst als Umdeutung. Gemeint ist nicht Offenheit gegenüber Geflüchteten, sondern eine „Willkommenskultur für ungeborene Kinder“ – also eine Bevölkerungspolitik, die auf mehr eigene Geburten zielt. Damit knüpft die Partei direkt an rassistische Narrative an: lieber mehr „biodeutsche“ Kinder als Zuwanderung.

Unter dem Schlagwort „Schutz des ungeborenen Lebens“ betreibt die AfD eine antifeministische Politik der Kontrolle über gebärfähige Körper. Was als Unterstützung für ungewollt Schwangere formuliert ist, bedeutet in der Praxis weniger Selbstbestimmung, weniger ergebnisoffene Beratung und perspektivisch weniger Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen.

Besonders deutlich wird das an der Forderung, Beratungsstellen sollten den „Willen zum Schutz des ungeborenen Lebens“ stärken. Das widerspricht der gesetzlich vorgeschriebenen ergebnisoffenen Beratung im Schwangerschaftskonflikt. Die AfD stellt damit bewusst demokratische und rechtliche Grundprinzipien infrage und will ideologische Vorgaben dort durchsetzen, wo eigentlich freie Entscheidungen ermöglicht werden sollen.

Eingebettet ist diese Politik in ein Weltbild, das Frauen auf ihre reproduktive Funktion reduziert. Sie erscheinen nicht als autonome Subjekte, sondern als „Mütter der Nation“, deren gesellschaftlicher Wert sich an Gebärfähigkeit und

Fürsorge orientiert. Es geht nicht um Hilfe, sondern um Kontrolle und Instrumentalisierung.

Was das konkret bedeutet

Die AfD vermeidet es derzeit meist, ein vollständiges Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen offen zu fordern. Angesichts der breiten gesellschaftlichen Zustimmung zu liberaleren Regelungen wäre das politisch riskant. Stattdessen arbeitet sie mit indirekten Strategien: Sie schwächt Beratungsangebote, delegitimiert feministische Einrichtungen und kürzt gezielt Fördermittel – etwa für pro familia.

Die entstehenden Versorgungslücken werden erfahrungsgemäß von sogenannten „Pregnancy Crisis Centern“ gefüllt. Dort arbeiten häufig organisierte AbtreibungsgegnerInnen, die Schwangere gezielt beeinflussen und unter Druck setzen, die Schwangerschaft fortzuführen. Internationale Beispiele, insbesondere aus den USA, zeigen, wohin diese Politik führt.

Die AfD folgt damit einem internationalen antifeministischen Drehbuch. Rechte AkteurInnen vernetzen sich grenzüberschreitend, etwa mit Vorbildern aus Ungarn oder den USA, und übernehmen Strategien zur Einschränkung reproduktiver Rechte. Was als „Willkommenskultur“ verkauft wird, ist in Wahrheit ein Angriff auf Selbstbestimmung, körperliche Autonomie und feministische Errungenschaften.

SPRACHVERBOTE STATT GLEICHSTELLUNG

Leitantrag AfD Bayern

„Amtliche Rechtschreibung durchsetzen (...) Genderschreibweisen und unnötige Mischungen von deutscher und englischer Sprache im öffentlichen Bereich unterbinden wir nach aller Möglichkeit. (...) auch sogenannte ‚genderneutrale‘ Formulierungen, wie z.B. ‚Mitarbeitende‘, ‚Spazierengehende‘, ‚Autofahrende‘ usw. im amtlichen Schriftverkehr nicht mehr verwendet werden.“ (S. 5)

Kernforderungen AfD München

„Nein zum ‚Gendern‘ in der Kommunikation der Stadt.“

Wahlprogramm AfD München

„Den Gebrauch sogenannter geschlechtergerechter Sprache (‚Gendern‘) in der öffentlichen und dienstlichen Kommunikation der Stadt München beenden.“



Einordnung

Die AfD beteiligt sich aktiv am Kulturkampf gegen geschlechtergerechte Sprache. Dieses Thema lenkt gezielt von realen Gleichstellungsproblemen ab – etwa von Gewalt gegen Frauen und INTA-Personen, ungleicher Bezahlung oder fehlender politischer Repräsentation. Statt über strukturelle Ungleichheit zu sprechen, wird darüber gestritten, ob Begriffe wie „Mitarbeitende“ verwendet werden dürfen.

Hinter dem vermeintlichen Einsatz für „klare Sprache“ steckt der Versuch, Sichtbarkeit zurückzudrängen: Frauen, nichtbinäre und trans Personen sollen sprachlich wieder verschwinden. Bemerkenswert ist dabei der Widerspruch: Während die AfD sonst lautstark gegen angebliche Sprachverbote wettet, fordert sie hier selbst eines. Es geht ihr nicht um Verständlichkeit oder Meinungsfreiheit, sondern um Macht, Kontrolle und die Rückabwicklung feministischer Errungenschaften.

Was das konkret bedeutet

Sprache prägt Wahrnehmung – das ist wissenschaftlich gut belegt. Wer sprachlich nur Männer benennt, macht andere Geschlechter unsichtbar und stabilisiert bestehende

Machtverhältnisse. Die AfD stellt sich bewusst gegen diese Erkenntnisse und findet dabei politische Verbündete: In mehreren Bundesländern, etwa Bayern, Hessen und Sachsen, haben CDU- und CSU-geführte Regierungen bereits Verbote geschlechtergerechter Sprache im öffentlichen Dienst eingeführt.

Solche Eingriffe beschneiden nicht nur individuelle Ausdrucksformen, sondern greifen auch in Meinungs-, Wissenschafts- und Berufsfreiheit ein. Kulturkampf folgt dabei einem bekannten Muster: Er endet nie. Wer ihn führt, sucht ständig neue Konflikte, um Kontrolle auszuweiten. Das zeigt sich deutlich daran, dass die AfD nach Einführung des bayerischen „Genderverbots“ im April 2025 sofort nachfragte, wie dieses „kontrolliert und durchgesetzt“ werde.

In letzter Konsequenz können solche Verbote zu Abmahnungen, disziplinarischen Maßnahmen oder beruflichen Nachteilen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst führen. Was als scheinbar harmloses Sprachthema daherkommt, wird so zu einem Instrument staatlicher Einschüchterung – und richtet sich gegen all jene, die für Gleichberechtigung und Sichtbarkeit eintreten.



A black and white photograph of a city street, likely in Vienna, showing historic buildings and a tram. The image is used as a background for the title text.

NATIONALISMUS STATT VIELFALT

Leitantrag AfD Bayern

„115 Beflaggung öffentlicher Gebäude (...) ideologische(n) Fahnen wie z.B. Regenbogenfahnen und eine dauerhafte Beflaggung mit Fahnen anderer Nationen lehnen wir dagegen ab.“ (S. 6)

Kernforderungen AfD München

„Nein zur ideologischen Umbenennung von Straßennamen.“

„Nein zu ideologischen Aushängen und Bannern an städtischen Einrichtungen und Fahrzeugen.“

Wahlprogramm AfD München

„Politisch-weltanschauliche Aushänge oder Banner in öffentlichen Fahrzeugen, Eigen- und Regiebetrieben der Stadt sowie in städtischen Einrichtungen, insbesondere auf Friedhöfen, verbieten.“

Einordnung

Diese Forderungen sind kein neutraler Verwaltungsakt, sondern ein gezielter Angriff auf Sichtbarkeit, Vielfalt und Gleichberechtigung im öffentlichen Raum. Besonders im Fokus der AfD steht die Regenbogenflagge – ein internationales Symbol für die Rechte queerer Menschen, die auch innerhalb feministischer Kämpfe seit Jahrzehnten für Schutz und Anerkennung streiten.

Doch es geht um mehr als Regenbogenfahnen. Die AfD richtet sich ebenso gegen symbolische Zeichen der Solidarität, etwa die Beleuchtung öffentlicher Gebäude zum Safe Abortion Day oder anlässlich religiöser Feiertage wie Ramadan – selbst dann, wenn vergleichbare Zeichen zu Weihnachten oder Chanukka

selbstverständlich sind. Indem die AfD all dies als „ideologisch“ bezeichnet, erklärt sie Gleichberechtigung zur Provokation und demokratische Solidarität zum Problem.

Das Ziel ist Unsichtbarmachung. Minderheiten sollen im öffentlichen Raum nicht mehr vorkommen. Gerade für queere Menschen ist Sichtbarkeit jedoch zentral für Schutz, Zugehörigkeit und gesellschaftliche Akzeptanz. Die politische Botschaft lautet: Ihr gehört nicht dazu – oder zumindest: Ihr seid nicht erwünscht.

Was das konkret bedeutet

Im Mai 2025 beklagte die AfD-Landtagsfraktion in Bayern angebliche „Verwirrung“ durch „zahllose Versionen der Regenbogenfahne“ an öffentlichen Gebäuden. Als Lösung forderte sie, dass künftig ausschließlich die Bundes- oder die bayerische Staatsflagge gehisst werden dürfe.

Statt Vielfalt setzt die AfD also auf Nationalismus. Dieser steht feministischen Grundwerten wie Gleichstellung, Selbstbestimmung und Solidarität diametral entgegen. Nationalismus funktioniert über Abgrenzung, Hierarchien und Ausschluss. Er stützt patriarchale Geschlechterordnungen und knüpft Zugehörigkeit an Herkunft, Normerfüllung und Reproduktion – also an die Kontrolle über gebärfähige Körper und „die richtigen“ Familien.

Wo Regenbogen verschwinden sollen, geht es nicht um Neutralität, sondern um Macht. Und um die Frage, wer sichtbar sein darf – und wer nicht.

KÜRZEN STATT SCHÜTZEN

Leitantrag AfD Bayern

„Schluss mit ideologischen Ausgaben

Die kommunale Haushaltspolitik muss sich auf die realen Interessen der Bürger konzentrieren, insbesondere auf Bildung, Infrastruktur und soziale Grundversorgung.

Wir lehnen die kommunale Mitfinanzierung eines ideologisch motivierten Gesellschaftsumbaus grundsätzlich ab, wie er sich im Umgang mit den Fragen von Asyl und Migration, Genderpolitik, Energiewende, Verkehrswende sowie Wärmewende zeigt.“ (S. 9)

Kernforderungen AfD München

„Ja zur Abschaffung der Gleichstellungsstelle für Frauen, der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und der Koordinierungsstelle LGBTIQ“*

„Ja zu ideologiefreier Kulturförderung.“

„Nein zur Finanzierung linksradikaler NGOs durch städtische Mittel.“

„Ja zu systematischer Überprüfung sämtlicher freiwilligen Ausgaben der Stadt München auf Wirtschaftlichkeit und Nutzen.“

Wahlprogramm AfD München

„Abschaffung der Gleichstellungsstelle für Frauen, der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und der Koordinierungsstelle LGBTIQ im Zuge der Verwaltungsreform.“*

„Keine staatliche oder städtische Indoktrination in Schulen oder Kindertagesstätten, wie zum Beispiel durch Initiativen zum ‚Gender-Mainstreaming‘, ‚Kampf gegen rechts‘“

„Kultur ideologiefrei, ohne politische Indoktrination oder Klientelpflege gestalten.“

„Städtische Organisationen oder Beteiligungen an Projekten wie ‚Kafe Marat‘, ‚Feierwerk‘, ‚EineWeltHaus‘, ‚München ist bunt‘, ‚a.i.d.a.‘ und ‚firm‘ sowie deren Förderung mit öffentlichen Geldern abschaffen.“

„Die sogenannte ‚Fachstelle für Demokratie‘ auflösen, da sie ausschließlich nur dem ‚Kampf gegen Recht‘ dient, statt auch Linksextremismus und Islamismus mit zu berücksichtigen.“



Einordnung

Die AfD spricht von den „realen Interessen der Bürger“ – und definiert zugleich selbst, wer damit gemeint ist. Frauen, queere Menschen, Migrant*innen und andere marginalisierte Gruppen tauchen in diesem Bürgerbild nicht auf. Ihre Lebensrealitäten werden ignoriert oder als „ideologisch“ abgewertet.

Indem die AfD Gleichstellungspolitik, Geschlechterforschung oder Klimaschutz als „ideologischen Gesellschaftsumbau“ diffamiert, erklärt sie Gleichberechtigung zur Bedrohung. Gesellschaftlicher Fortschritt hin zu mehr Gerechtigkeit wird nicht als demokratische Entwicklung verstanden, sondern als Angriff auf eine angeblich „natürliche Ordnung“. Dass dabei bewusst von „Genderpolitik“ statt von Gleichstellung die Rede ist, dient der Diskreditierung feministischer und wissenschaftlich fundierter Arbeit.

Was das konkret bedeutet

Die AfD propagiert ein patriarchales und autoritäres Gesellschaftsmodell, in dem Teilhabe keine Selbstverständlichkeit ist. Ihre Politik wird überwiegend von Männern gemacht und richtet sich an Männer. Ungleichheit wird nicht bekämpft, sondern gezielt stabilisiert.

Unter dem Deckmantel von „Wirtschaftlichkeit“ und „Nutzen“ greift die AfD seit Jahren zivilgesellschaftliche und soziale Einrichtungen an. Auch im Münchner Stadtrat beantragt sie regelmäßig Kürzungen oder Streichungen von Fördermitteln – betroffen waren 2023 unter anderem pro familia, eine zentrale Beratungsstelle zu Schwangerschaft und Sexualität, sowie das „Diversity“, ein Schutz- und Empowermentraum für queere Jugendliche. Ebenso im Fokus stehen Gleichstellungs- und Koordinierungsstellen, die marginalisierte Gruppen unterstützen und sichtbar machen.

Diese Angriffe zeigen: Es geht nicht um Sparsamkeit, sondern um politische Kontrolle. Beratungs-, Schutz- und Präventionsstrukturen sollen ausgehungert werden. Wer Unterstützung braucht, soll sie nicht mehr bekommen. „Kürzen“ wird so zur Strategie gegen Gleichberechtigung – und trifft vor allem Frauen, queere Menschen und Jugendliche.

FAMILIE · NORMIEREN

Leitantrag AfD Bayern

„Familienfreundliche Kommunen

Die Familie als Einheit aus Vater, Mutter und Kindern ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Daher verdient sie eine besondere Wertschätzung und Förderung auch auf kommunaler Ebene. Sowohl Kinder als auch hilfebedürftige Senioren und Pflegebedürftige sollten, wenn möglich, durch familiäre und nachbarschaftliche Netzwerke betreut werden. Wir fördern, wo immer möglich, Selbstorganisation mit Unterstützung durch professionelle Angebote der Kommunen und sozialer Träger sowie durch Vereine und kulturelle Einrichtungen.“ (S. 33)

Einordnung

Die AfD definiert Familie ausschließlich als „Vater, Mutter, Kind(er)“ und blendet damit bewusst alle anderen Familienformen aus: Alleinerziehende, Patchwork-, Regenbogen- oder Wahlfamilien kommen in ihrem Gesellschaftsbild nicht vor. Diese Engführung ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer familistischen Ideologie, die nur ein heteronormatives Lebensmodell als schützens- und förderwürdig anerkennt.

Diese Ideologie hat konkrete politische Folgen. Förderpolitik, steuerliche Vorteile und gesellschaftliche Anerkennung orientieren sich an diesem engen Modell. Andere Familienformen werden strukturell benachteiligt oder unsichtbar gemacht. Zugleich wird auf eine angeblich „natürliche Ordnung“ verwiesen, in der Frauen vor allem für Kinder, Pflege und Fürsorge zuständig seien – gestützt durch pseudobiologische Argumente und rückwärtsgewandte Rollenbilder.

Die Forderung, Betreuung solle „wenn möglich“ familiär erfolgen, klingt pragmatisch, bedeutet in der Praxis aber etwas anderes: gesellschaftliche Verantwortung wird ins Private verschoben – und damit überwiegend auf Frauen. Statt öffentliche Infrastruktur auszubauen, romantisiert die AfD traditionelle Rollen und privatisiert Care-Arbeit. Dieses Bild wird auch durch rechte Netzwerke und antifeministische Influencer*innen gestützt, die Mutterschaft idealisieren und weibliche Autonomie abwerten.

Ideologisch ist die Passage zudem völkisch aufgeladen. Die „Familie als Keimzelle der Gesellschaft“ steht in einer Tradition, in der Reproduktion – insbesondere die Geburt „deutscher Kinder“ – als Dienst an der Nation gilt. Wer keine Kinder hat oder Familie anders lebt, gilt schnell als weniger wert.

Was das konkret bedeutet

Familismus ist keine harmlose Familienpolitik, sondern vertieft Ungleichheit. Wenn Care-Arbeit in die private Sphäre zurückgedrängt wird, geraten Frauen häufiger in finanzielle Abhängigkeit, weil Erwerbsarbeit erschwert oder unmöglich gemacht wird. Ökonomische Abhängigkeit schafft Machtgefälle in Beziehungen – politisch gewollt, nicht „natürlich“.

Gleichzeitig werden Familien, die nicht dem Modell „Vater-Mutter-Kind“ entsprechen, abgewertet oder ausgeschlossen. Perspektivisch droht, dass Leistungen wie Elterngeld, Steuererleichterungen oder kommunale Förderung nur noch heterosexuellen Paaren zugutekommen.

Zieht sich der Staat aus seiner Verantwortung zurück, verschwinden Probleme nicht – sie werden privatisiert. Betreuung, Pflege und soziale Unterstützung werden dann überwiegend von Frauen aufgefangen. Familismus stärkt damit nicht Familien, sondern ein autoritäres, antifeministisches Gesellschaftsbild, das Vielfalt verdrängt und gerechte Teilhabe verhindert.

IDEOLOGIE STATT FREIER

ENTFALTUNG

Leitantrag AfD Bayern

„Kommunale Jugendarbeit soll es Jugendlichen ermöglichen, ihren Interessen nachzugehen, ihre Aktivitäten selbst zu organisieren, gemeinschaftlich zu gestalten und mitverantworten. Dies muss im Geist unserer freiheitlichen Demokratie ohne ideologische Beeinflussung erfolgen. Auch die Kenntnis und Akzeptanz des Grundgesetzes und der christlich-abendländischen Kultur ist eine wesentliche Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander von Jugendlichen jeglicher Herkunft. Das Wirken ideologisch einseitiger und häufig zugleich personell aufgeblähter Stadt- und Kreisjugendringe hinterfragen wir energisch.“ (S. 35)

Kernforderungen AfD München

„Ja zum Erhalt der christlich-abendländischen Kultur in Kitas, Kindergärten und Schulen.“

„Nein zu Indoktrination in Schulen und Kindergärten“

Wahlprogramm AfD München

„Erhalt der christlich-abendländischen Kultur in Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen durch Pflege von Festen, Brauchtum und deutscher Sprache im Rahmen des Grundgesetzes.“

Einordnung

Auf den ersten Blick klingt diese Forderung nach Förderung selbstbestimmter Jugendarbeit. Tatsächlich zielt sie darauf ab, progressive, inklusive Angebote zu delegitimieren und durch konservative Werteerziehung zu ersetzen.

Die Formel „ohne ideologische Beeinflussung“ ist dabei ein bekanntes rechtes Deutungsmuster. Gemeint ist nicht Neutralität, sondern der Ausschluss feministischer, queerer, anti-rassistischer und demokratiepädagogischer Inhalte, die pauschal als „ideologisch“ diffamiert werden. Gleichzeitig erklärt die AfD die „christlich-abendländische Kultur“ zur Voraussetzung für ein gutes Miteinander. Das ist kein Widerspruch, sondern eine klare ideologische Festlegung auf ein traditionelles, kulturell homogenes und patriarchales Werteverständnis.

Auch die Attacken auf Stadt- und Kreisjugendringe sind gezielt. Diese selbstverwalteten Strukturen ermöglichen jungen Menschen, eigene Themen zu setzen – etwa zu Gleichstellung, Vielfalt oder queerer Sichtbarkeit. Gerade diese Freiräume sind der AfD ein Dorn im Auge, weil sie sich ihrer Kontrolle entziehen.

Aus feministischer Perspektive wird hier zweierlei deutlich: Die AfD versucht, junge Menschen früh an ein reaktionäres Weltbild zu binden – insbesondere Jungen, die in gesellschaftlichen Umbrüchen gezielt für antifeministische und rechte Narrative angesprochen werden. Zugleich wird durch den Verweis auf „christlich-abendländische Kultur“ eine pa-

triarchale Geschlechterordnung als schützenswertes Kulturgut stabilisiert.

Was das konkret bedeutet

Die AfD fordert immer wieder, Meldestellen für rechte, rassistische oder queerfeindliche Vorfälle an Schulen abzuschaffen. Übergriffe würden dadurch unsichtbar gemacht, Betroffene alleingelassen und Schutzmechanismen gezielt geschwächt.

Auch Kampagnen gegen Drag-Lesungen in Münchner Stadtbibliotheken zeigen die Stoßrichtung: Angebote, die Vielfalt sichtbar machen, sollen verschwinden. Kindern und Jugendlichen werden damit Räume genommen, in denen unterschiedliche Lebensweisen selbstverständlich vorkommen. Für queere junge Menschen bedeutet das Isolation statt Anerkennung.

Im Bildungs- und Jugendbereich hätte diese Politik gravierende Folgen. Wenn queere Themen aus Schule und Jugendarbeit verdrängt werden, fehlen Orientierung, Vorbilder und Unterstützung. Studien zeigen seit Jahren, dass mangelnde Sichtbarkeit und Akzeptanz mit höheren psychischen Belastungen und erhöhten Suizidraten unter queeren Jugendlichen einhergehen. Was die AfD als „Schutz“ verkauft, gefährdet junge Menschen real.

RASSISMUS STATT GEWALT- PRÄVENTION

Kernforderungen AfD München

„Nein zu ‚No-Go-Areas‘ und Parallelgesellschaften.“

„Ja zu Schwimmbadverboten bei Übergriffen.“

Wahlprogramm AfD München

„No-Go-Areas‘ dürfen in München nicht toleriert werden.“

„Ein nächtlicher Heimweg ohne Angst, ein Ausflug aufs Volksfest ohne Nervosität und Beklemmung: Was für viele Frauen heute keine Selbstverständlichkeit mehr ist, muss wieder zur Normalität werden.“



Einordnung

Die Forderungen nach Schwimmbadverboten und einem Ende sogenannter „No-Go-Areas“ sind bewusst unscharf formuliert und bedienen rassistische Bedrohungserzählungen. Es handelt sich nicht um sachliche Beschreibungen realer Zustände, sondern um politisch aufgeladene Schlagworte. Sie dienen dazu, bestimmte Stadtteile und Bevölkerungsgruppen – vor allem Menschen mit Migrationsgeschichte – pauschal als gefährlich zu markieren.

Besonders problematisch ist die Verknüpfung dieser Erzählung mit dem Thema sexualisierte Gewalt. Die AfD greift hier auf ein bekanntes Muster zurück: Gewalt wird instrumentalisiert, um rassistische Ausgrenzung zu legitimieren. Migrantische Männer werden pauschal als Täter konstruiert, während weiße, deutsche Frauen als schützenswerte Opfer inszeniert werden.

Aus feministischer Perspektive ist das doppelt fatal. Zum einen wird sexualisierte Gewalt ethnisiert, obwohl sie ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, das in allen sozialen Gruppen, Milieus und Herkunftskontexten vorkommt. Zum anderen werden Frauen nicht als selbstbestimmte Subjekte wahrgenommen, sondern

als Projektionsfläche für rassistische Politik. Ihr angeblicher „Schutz“ dient nicht ihrer Sicherheit, sondern der Legitimation von Repression und Kontrolle.

Dass es der AfD nicht um den Schutz von Frauen geht, zeigt sich auch daran, was fehlt: Prävention, Aufklärung, gut ausgestattete Beratungsstellen, konsequente Strafverfolgung unabhängig von Herkunft und sichere öffentliche Räume für alle spielen in ihrem Programm keine Rolle.

Was das konkret bedeutet

In der Praxis führen solche Forderungen zu erhöhter Polizeipräsenz in bestimmten Vierteln, zu mehr Kontrollen und zur weiteren Kriminalisierung derjenigen Menschen, die durch AfD-Narrative bereits als „gefährlich“ markiert werden. Öffentliche Räume werden für migrantische Communities dadurch unsicherer – nicht sicherer.

Gleichzeitig bleibt die eigentliche Ursache sexualisierter Gewalt unange-tastet: Sexismus und Antifeminismus. Anstatt patriarchale Strukturen zu benennen und zu verändern, wird Verantwortung externalisiert und auf marginalisierte Gruppen projiziert. Das verhindert wirksame Gewaltprävention – und schadet letztlich genau den Menschen, deren Schutz die AfD vorgibt, einzufordern.

FEINDBiLDER STATT KiNDERSCHUTZ

Wahlprogramm AfD München

„Finanzielle Zuschüsse für Programme zur sexuellen Findung, Umorientierung und Indoktrination beenden.“

Einordnung

Die AfD nutzt Begriffe wie „sexuelle Findung“, „Umorientierung“ und „Indoktrination“, um fachliche Bildungsarbeit zu delegitimieren und Ängste zu schüren. Hinter dem Slogan „Kinderschutz“ verbirgt sich in Wahrheit ein Angriff auf Programme, die Kindern sexuelle Selbstbestimmung vermitteln. Solche Angebote sind essenziell: Kinder lernen dort, Grenzen zu erkennen, zwischen erwünschten und unerwünschten Berührungen zu unterscheiden und sich Hilfe zu holen. Wer diese Arbeit angreift, untergräbt den echten Schutz von Kindern.

Die Partei vermischt bewusst sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung, um queere Sichtbarkeit zu dämonisieren. Drag-Lesungen oder diversitätssensible Bildungsangebote werden als „sexualisierend“ darge-

stellt – fachlich falsch, politisch gewollt. Gleichzeitig werden Fachkräfte und zivilgesellschaftliche Träger zu Feindbildern erklärt. Statt Fachlichkeit zu stärken, wird Misstrauen gesät – zugunsten eines autoritären, normierenden Gesellschaftsbildes.

Was das konkret bedeutet

Kinder würden in der Praxis ausschließlich mit heterosexuellen Normen konfrontiert. Queere Kinder finden keine Vorbilder, keine Unterstützung und lernen früh, dass sie „nicht gemeint“ sind. Das erschwert ihr Aufwachsen und verstärkt Isolation und psychische Belastungen.

Gleichzeitig würden Pädagog*innen daran gehindert, altersgerecht über sexualisierte Gewalt aufzuklären. In Zeiten steigender Zahlen von Missbrauch erhöht das das Risiko für Kinder dramatisch. Schutzräume verschwinden, Fachstellen werden ausgehungert, Präventionsarbeit diskreditiert – während die AfD vorgibt, genau diese Kinder schützen zu wollen.

WARUM WIR DIE AFD BEKÄMPFEN

Die AfD steht für ein autoritäres und antifeministisches Gesellschaftsbild. Sie bekämpft geschlechtergerechte Sprache und Gleichstellungspolitik, macht Vielfalt im öffentlichen Raum unsichtbar und greift gezielt Beratungsstellen sowie Schutzräume für Frauen und queere Menschen an.

Mit ihrem engen Familienbild reduziert sie Frauen auf Fürsorge und Reproduktion, schränkt sexuelle Selbstbestimmung ein und will Kontrolle über Schwangerschaft und Körper ausüben. Gleichzeitig diskreditiert sie inklusive Bildungs- und Jugendarbeit und instrumentalisiert sexualisierte Gewalt rassistisch, statt echte Prävention zu fördern.

Die AfD gefährdet damit die Rechte, die Sicherheit und die Lebensrealitäten von Frauen, queeren und intergeschlechtlichen Menschen – und ist aus feministischer Perspektive nicht wählbar und muss aktiv bekämpft werden.

WER WIR SIND

Wir sind die **Antisexistische Aktion München (asam)** und sind vor zehn Jahren angetreten, um dem Patriarchat und seinen Fans den Kampf anzusagen. Wir befassen uns schwerpunktmäßig mit organisierten AbtreibungsgegnerInnen, nehmen aber auch immer wieder andere AkteurInnen in den Blick, die es aus unserer Sicht verdient haben, in den Blick genommen zu werden. Zuletzt haben wir ein Zine zu den sogenannten „Pick-Up-Artists“ veröffentlicht – jetzt sind zum ersten Mal die AfD und ihr Umfeld an der Reihe.



Es gibt viele Auseinandersetzungen mit der AfD. Aus unserer Sicht ist der antifeministische Charakter der AfD, ihrer Mitglieder bzw. WählerInnen jedoch immer noch nicht ausreichend beleuchtet worden. Das wollen wir mit dieser Veröffentlichung nachholen, einen Diskussionsbeitrag leisten und all jenen eine Argumentationshilfe bieten, die gegen die AfD und für eine Welt kämpfen, in der wir ohne Angst verschieden sein können. Darum haben wir uns mit den Positionen der AfD Bayern bzw. München auseinandergesetzt, ihre Programme und Forderungen gelesen und diese mit einer feministischen Brille analysiert und eingeordnet.